

richtshofs abwarten, dem beide Entscheidungen auf dem Berufungswege zuzuschoben werden.

Bei den Oberrichtern stehen die Chancen für eine Änderung oder Milderung des Ausländer-Erlasses schlecht. Der Gerichtshof hat schon in ähnlichen Fällen entschieden, die im Erlaß bestimmte Wartefrist bilde eine „rechtlich vertretbare Grundlage“; ob und wie sie ausgenutzt werde, bleibe „Ermessensentscheidung“ der Behörden.

Richter Funke-Kaiser kann der Deutung durch die höheren Kollegen nicht folgen: Einige wenige Beispiele von Scheinehen könnten nicht ausreichen, „um einen Grundrechtsschutz unserer Verfassung einfach für eine vorübergehende Zeit per Erlaß zu suspendieren“.

## GRÜNE

### Heckern und kleckern

**Hessens Grüne, eben noch siegesicher, sehen ihre Wahlichancen schwinden. Die Basis ist lustlos, potentielle Wähler sind durch Busengrabscherei und den Blutspritzer verprellt.**

Die Grünen in Hessen waren so glücklich, als habe Holger Börner gerade gegen die Startbahn West demonstriert. „Alles läuft prima“, freute sich ihr Landtagsabgeordneter Roland Kern. Zwei Umfragen hatten Anfang des Monats den Alternativen einen Stimmenanteil von sieben bis acht Prozent bei den Landtagswahlen am 25. September angezeigt, und da war auch Kerns Kollege Karl Kerschgens „völlig sicher“, daß die Öko-Partei sich „als gestärkte dritte Kraft“ wieder im Parlament vorfinde.

Es konnte eigentlich nur noch besser werden. Grüne Volksvertreter rechneten sich sogar schon ein zweistelliges Wahlergebnis aus. Der vermutlich heiße Herbst mit den Protestaktionen gegen Raketenrüstung, so dachten sie, werde für zusätzlichen Zulauf sorgen. „Da stoßen die Massen zu uns“, glaubte Parteisprecher Jochen Vielhauer. Nun droht eine Masse wegzulaufen.

„Eine Sechs vor dem Komma“ hält Parlamentarier Kern auf einmal für „ein sehr gutes Ergebnis, da können alle zufrieden sein“. Und bei Kerschgens heißt es ganz kleinlaut: „Hauptsache, wir sind drin.“ Vier Wochen vor der Wahl hat die Grünen, wie der Frankfurter Bundestagsabgeordnete Joschka Fischer sagt, eine Angst vor dem „GAU“ gepackt, „dem größten anzunehmenden Unfall“, womit gemeinhin eine Kernkraftkatastrophe gemeint ist.

Auf die acht Stimmprozent, mit denen die Partei bei den Landtagswahlen vor einem Jahr ins Wiesbadener Plenum einrückte, hoffen grüne Wahlkämpfer



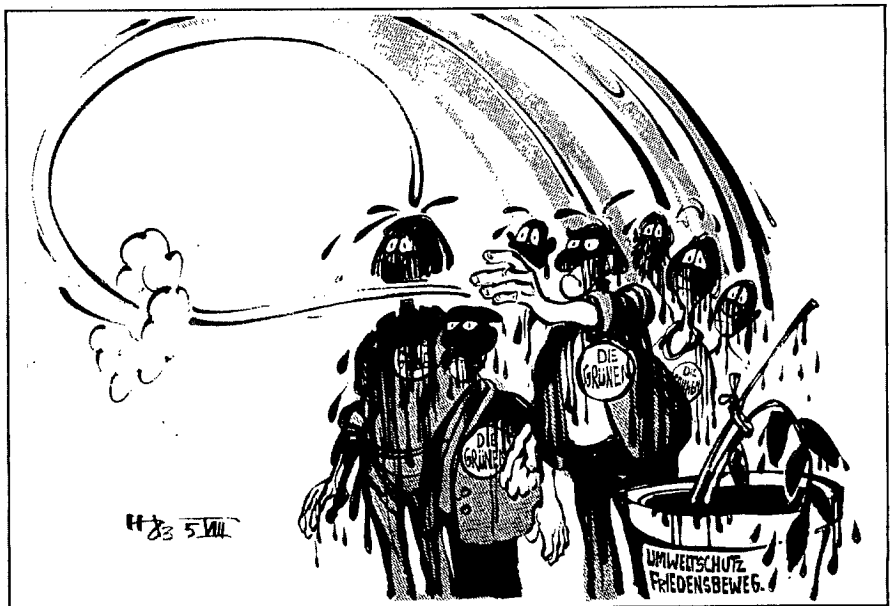
Grüne im hessischen Landtag\*: Leiden an Blut und Busen

kaum mehr. Denn wo immer sie auftreten, werden ihnen die Verfehlungen zweier Parlamentarier vorgehalten: die Busengrabscherei des Bonner Abgeordneten Klaus Hecker aus dem hessischen Kronberg und der Auftritt des Landtagsmitglieds Frank Schwalba-Hoth, der den US-General Paul S. Williams bei einem Empfang mit hundert Milliliter selbstgezapften Bluts übergossen hatte. Thema Nummer eins auf allen Veranstaltungen, so berichten die Wahlwerber, sei jetzt „Blut und Busen“.

„Wir haben die Reaktion unterschätzt“, gibt Roland Kern zu, die Diskussion, so klagen Parteifreunde, läuft „negativ, voll gegen uns“. Auf Wahltagungen oder Mitgliederversammlungen

schimpfen die Sympis, Schwalba-Hoth sei mit „seinen Blut-Mätzchen“ der grünen Sache „in den Rücken gefallen“. Es sei „politisch wahnsinnig“, daß „die gesamte Landesgruppe so was noch deckt“. Andere geben die Erklärung ab, „nie wieder Grün“ zu wählen.

Nicht nur der Fernsehprofessor Hoimar von Ditfurth, der für die Grünen in Fernsehspots und bei Großveranstaltungen auftreten sollte, stellte wegen der „schwachsinnigen“ Blutsudelei abrupt seinen Beistand ein. Anrufer und Briefschreiber von geringerem Ruf beschwerten sich ebenfalls über den „Skandal“, der „ekelhaft“ und „unwürdig“ sei. Ein Grüner aus der Gemeinde Rödermark machte es ganz deutlich: Er hätte „dem



Ein Bumerang-Beutel

tz, München

\* Mit dem Abgeordneten Schwalba-Hoth (Pfeil).

Hoth den Schwanz abgeschnitten, wenn der mich anpinkeln würde“.

Inzwischen sieht Parlamentarier Kern ein, es sei „doch sehr schwierig, den Leuten so etwas zu vermitteln“. Besonders nach innen, erkennt MdB Fischer, habe die Tat „demobilisierend gewirkt“. Und wie letztes Jahr der SPD-Ministerpräsident Börner unter seinem Dachlatten-Ausspruch zu leiden hatte, sehen sich die Grünen jetzt einem „Blut-Syndrom“ (Kerschgens) gegenüber.

Zwar baut Roland Kern noch immer auf die Einsicht der Wähler, daß es am 25. September „um politische Inhalte geht“. Doch was dies betrifft, haben die Grünen nach neun Monaten Landtagsarbeit noch nicht viel zu bieten. Sie verabschiedeten mit der SPD ein Teilhaushalts-Gesetz und feierten es sogleich als „Einstieg in eine neue hessische Politik“, mußten sich dann jedoch von der aufgebrauchten Basis sagen lassen, der „alten verheerenden SPD-Politik“ nur „ein paar grüne Tupfer aufgesetzt“ zu haben.

Im Landtag fielen die Neulinge durch „Konfusion“ auf, wie die ihnen prinzipiell zugetane „taz“ tadelte, und bei Abstimmungen verhielten sie sich gelegentlich verwirrend („Was haben wir jetzt eigentlich beschlossen?“). So lehnten sie im Juni gemeinsam mit der CDU einen Antrag gegen das Waldsterben ab, den sie zuvor mit den Sozialdemokraten beschlossen hatten. Das linke Frankfurter Magazin „Pflasterstrand“ diagnostizierte bei den Ökologen einen „Sonnenstich“, und der „Bund für Umwelt und Naturschutz“ fühlte sich vom „grünen Chaos verarscht“.

Zentrale hessische Probleme, die den Grünen bislang den Weg ebneten, sind „weg vom Fenster“ (Vielhauer); die Startbahn West bringt keinen Schwung mehr, eine nukleare Wiederaufarbeitungsanlage wird nicht gebaut, für Kernreaktoren in Biblis und Borken fehlt der Bedarf. Und zu alledem zeigen sich bei den grünen Gesinnungsfreunden in anderen Bundesgebieten Auflösungserscheinungen, speziell im Norden.

In Bremen beispielsweise, wo ebenfalls am 25. September gewählt wird, treten die Grünen nun in dreifacher Gestalt auf: die vergleichsweise konservative Bremer Grüne Liste, die nach der Wahl von 1979 die erste Fraktion der Alternativen in einem Landesparlament wurde; „Die Grünen“, die auf der Linie des Bundesverbands liegen, und die „Betrieblich Alternative Liste“, die nach Einschätzung der „taz“ „stark DKP-orientiert ist“. Die Gruppen beschimpfen sich gegenseitig, der CDU „sehr nahe“ zu kommen, von Ökologie nur noch zu reden oder vom „platten Antikommunismus“ befallen zu sein.

In Hamburg wird die Grün-Alternative Liste (GAL) von Zerwürfnissen geplagt. Während Anhänger der Alternativen Liste aus Bürgerinitiativen und Stadtteilgruppen für eine Wahlhilfe der DKP-nahen Bremer „Betrieblich Alter-

nativen Liste“ plädieren, kann die GAL-Spitzenfrau Thea Bock damit „weder politisch noch persönlich leben“. Recht gibt ihr der frühere GAL-Fraktionsvorsitzende Thomas Ebermann, der seinen Mitstreitern nun „dumme Parteiborniertheit“ vorhält.

Auch das noch, so fürchten hessische Grüne, könnte die Wähler irritieren, wenn es Ende September um den Erhalt der Parlamentssitze geht. Die grüne Basis jedenfalls scheint schon entmutigt. Aus Frankfurt, Gießen, Wiesbaden und Kassel melden Funktionäre, „keine Sau“ habe mehr Lust, „noch Plakate zu kleben“. Und die Wahlveranstaltungen der Alternativen sind nur noch halb so gut besucht wie im vergangenen Jahr.

Versteht sich, daß dem amtierenden Ministerpräsidenten Holger Börner die



Einsitzender SPD-Bewerber\*: „Ihr sagt zu Mördern noch Genosse“

Blut- und Busen-Diskussion nun gerade recht ist. Er redet ohnehin nur noch von einem Zwei-Parteien-Parlament, mit SPD und CDU, und auch die Linken in seiner Partei hören jetzt zu, wenn Börner versichert, daß es „mit diesen Grünen keinen Sinn hat“. Dem christdemokratischen Spitzenbewerber Walter Wallmann kam das „Blutattentat“ ebenfalls gelegen. Wahrheitswidrig, aber vielleicht wählerwirksam verbreiten CDU-Wahlkämpfer, die SPD wolle „mit Blut-spritzern koalieren“.

Zum Auftakt der grünen Wahlkampagne, unter dem Motto „Der Löwe ist los“, blieb vorletzten Sonntag die Usinger Stadthalle halbleer. Unter denen, die fehlten, waren Klaus Hecker und Frank Schwalba-Hoth. Es sei nun endlich, erläuterte Landtagskandidat Bernd Messinger den verbliebenen Anhängern, „genug geheckert und gekleckert“.

SPD

## Wie Gummi und Öl

**Können Mörder Genossen werden? In der Celler SPD regt sich Widerstand gegen die Aufnahme von Strafgefangenen.**

Wilhelm Memel\*\*, 52, weiß schon lange nicht mehr, wo er im Leben hingehört; er sitzt seit 18 Jahren wegen Mordes in der Justizvollzugsanstalt Celle. Politisch jedoch hat der Häftling so etwas wie eine Heimat: „Links, bei der SPD natürlich.“

Memel hat immer für die SPD gestimmt, seit er dank einer aus sozialliberalen Zeiten stammenden Strafrechtsän-

derung wählen darf. Wie viele andere Bundesbürger hat sich der Gefangene „am Fernseher geärgert, wie der Genescher den Schmidt reingelegt hat“.

Schließlich weiß Memel auch, „wie wichtig es ist, sich politisch aus der Quelle zu informieren“. Seit längerer Zeit besucht er eine monatlich in der Celler Strafanstalt tagende Betreuungsgruppe der SPD, in der inhaftierte Parteimitglieder und Sympathisanten zusammen mit dem SPD-Landtagsabgeordneten Fritz Riege politische Themen diskutieren. Memel: „Da ging es mal um Friedenspolitik, Ladenschlußgesetze und Umweltschutz, nicht immer nur wie sonst hier um den üblichen Knast-scheiß.“ Und wie bei Memel reifte dabei

\* Im Aufenthaltsraum der Justizvollzugsanstalt Celle.

\*\* Name von der Redaktion geändert.